



Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 M., Familienanzeigen 30 M., Reklamen 150 M. Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100% — Fernspr. 9. Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn 630 M. monatlich. Postbezugspreis 630 M. mit Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Frankreich besetzt das Ruhrgebiet!

Ungehörige Forderungen. — Protest des deutschen Reichsaussenministers.

Die offizielle Ankündigung des französisch-belgischen Gewaltakts.

Berlin, 10. Jan. (Amtlich.) Der französische Botschafter und der belgische Geschäftsträger haben heute dem Reichsaussenminister des Auswärtigen gleichlautende Noten übergeben, deren Wortlaut im folgenden wiedergegeben ist: Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten, von Deutschland begangenen Nichterfüllung in der Ausführung der Programme der Reparationskommission hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohlen an Frankreich und gemäß den Bestimmungen der §§ 17 und 18 Anhang 2 zu Teil 8 des Vertrags von Versailles hat die französische Regierung beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende und mit den erforderlichen Vollmachten zur Beaufsichtigung der Tätigkeit des Kohlenyndikats versehene Kontrollkommission ins Ruhrgebiet zu entsenden, um dadurch die von ihrem Vorsitzenden an dieses Syndikat oder an die deutschen Vertretungsbehörden erteilten Befehle und die strikte Anwendung der von der Reparationskommission festgesetzten Programme sicher zu stellen und alle für die Bezahlung der Reparationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Vollmachten dieser Mission werden durch die beilegenden Urkunden bestimmt. Die deutsche Regierung wird gebeten, dieselben den beteiligten Behörden zur Kenntnis zu bringen und sie mit dem erforderlichen Weisungen zur genauen Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften zu versehen. Die italienische Regierung hat gleichfalls beschlossen, italienische Ingenieure an dieser Mission teilnehmen zu lassen. Die französische Regierung legt Wert darauf zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten, sie entsendet einfach in das Ruhrgebiet eine Kommission von Ingenieuren u. Beamten, deren Aufgaben deutlich umschrieben ist. Sie muß dafür sorgen, daß Deutschland die im Vertrag von Versailles enthaltenen Verpflichtungen leistet. Sie läßt im Ruhrgebiete nur die zum Schutze ihrer Mission und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrags erforderliche Truppen einmarschieren (!) Keine Störung und keine Veränderung im normalen Leben der Bevölkerung wird also erfolgen. Sie kann in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten. Die deutsche Regierung hat das größte Interesse an der Erleichterung der Arbeiten der Mission und an der Unterbringung der zu ihrem Schutze bestimmten Truppen. Die französische Regierung rechnet auf den guten Willen der deutschen Regierung und aller Behörden, welcher Art sie auch seien. Sollten die Maßnahmen der Beamten der Mission und die Interessen der sie begleitenden Truppen durch irgend ein Mandat behindert oder in Frage gestellt werden und sollten die örtlichen Behörden durch ihre Tätigkeit oder durch ihre Untätigkeit irgend welche Verwirrung im materiellen Leben und in der Wirtschaft des Gebiets herbeiführen, so werden alle für erforderlich erachteten Zwangs- oder Strafmaßnahmen unverzüglich angewandt werden.

Die Befugnisse der Kontrollkommission.

Auf Grund der von der Reparationskommission festgestellten Nichterfüllung Deutschlands hinsichtlich der Lieferungen von Holz und Kohlen, die gemäß dem Programm der genannten Kommission fällig waren, und um für die Zukunft eine strikte Ausführung der auf die Reparationen bezüglichen Bestimmungen des Vertrags von Versailles sicher zu stellen, wird mit dem heutigen Tage eine aus Ingenieuren und Beamten zusammengesetzte Kontrollkommission für die Bergwerke und Fabriken des besetzten Gebiets geschaffen. Die Ingenieure und Beamten dieser Kommission sollen bevollmächtigt sein, von Verwaltungsorganen, Handelskammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Industriellen, Kaufleuten u. a. m. alle statistischen und sonstigen Auskünfte einzufordern, deren Einholung sie für nützlich halten. Sie sind berechtigt, die besetzten Gebiete ihrer ganzen Ausdehnung nach zu bereisen und haben Zutritt zu allen Büros, Zechen, Fabriken, Bahnhöfen usw. Sie können dort alle Dokumente, Rechnungen und Statistiken einsehen.

Das Personal der deutschen Verwaltung.

Die Vertreter der Industrie- und Handelsverbände haben sich unter Androhung schwerer Strafen für den Weigerungsfall den Mitgliedern der Kontrollkommission bei Ausübung ihres Dienstes völlig zur Verfügung zu stellen und sich gegebenenfalls nach den Befehlen zu richten, die sie vom Chef der Kontrollkommission erhalten. Dieser ist berechtigt, jede beliebige Aenderung hinsichtlich der Verteilung der Brennstoffe und jegliche Um-

leitung der mit Brennmaterial beladenen Eisenbahnwagen und Röhre anzuordnen. Die Ingenieure und Beamten der Mission sind mit einer ihnen von den Militärbehörden besonders ausgesetzten Geschäftsanweisung zu versehen, die ihnen als Personalbeweis dienen soll.

Kontrolle der Kohlenverteilung.

Ab 11. Januar 1923 unterliegen die vom Kohlenyndikat aufgestellten oder ausgeführten Verteilungspläne für Kohlen und Koks der Genehmigung der industriellen Ruhrmission, die sie, wenn sie es für notwendig erachtet, ändern kann. Diese Pläne haben insbesondere die vollständige Lieferung der vorgesehenen Mengen für die Länder der Entente und für die besetzten linksrheinischen Gebiete zu umfassen und müssen ausreichen, um die Bedürfnisse der neu besetzten Gebiete zu befriedigen. Unter diesem Vorbehalt ändert sich im Grundsatze nichts an der allgemeinen jetzt in Kraft befindlichen Verteilung der Brennstoffe. Falls Verletzungen obiger Vorschriften seitens des Kohlenyndikats oder der Zechen festgestellt werden, oder falls die gestieferte Qualität zu wünschen übrig läßt, werden schwere Strafmaßnahmen ergriffen werden, ohne Rücksicht auf die Umleitungen im Eisenbahn- oder Wasserstraßenverkehr, welche von der industriellen Mission angeordnet werden können. Die Ingenieure der Mission werden häufig Stichproben vornehmen, um sich zu vergewissern, daß die Anordnungen des Kohlenyndikats korrekt gegeben und genau befolgt worden sind.

Reichsaussenminister des Reichens Dr. v. Rosenberg erklärte, daß die Reichsregierung sich ihre Antwort vorbehalten, daß er indessen schon jetzt gegen die angekündigte Aktion Protest erhebe, weil sie einen Bruch der Verträge und des Völkerrechts bedeute.

Der Reichswirtschaftsminister über die wirtschaftl. Folgen der Besetzung des Ruhrgebiets.

Berlin, 10. Jan. Reichswirtschaftsminister Dr. Brücker erklärte einem Vertreter des RWB über die wirtschaftlichen Folgen der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen, Frankreich werde sich vor allem mit jenen Reparationskosten eindenken, als es für richtig halte, ohne Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft. Weiter werde es voraussichtlich von der deutschen Rohle nehmen, was es zu politischen Zwecken brauche. Dadurch aber werde die deutsche Kohlenmenge nur noch knapper, als sie bisher schon gewesen sei. Schwere gesundheitliche Schädigungen des Volkes würden die Folge sein. Weiter würden sich starke wirtschaftliche Störungen bemerkbar machen, die Arbeitslosigkeit in einem sehr ernsten Umfange zur Folge haben würden. Damit aber sei die Gefahr politischer Verwickelungen und der Störung der Ordnung im Innern gegeben. Auch die Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen dem Ruhrgebiet und dem übrigen Deutschland würden schwere Störungen erleiden. Dazu komme die allgemeine Beunruhigung an den Börsen. Das verschärfte Sinken der Marktwerte werde eine weitere Erhöhung der schon jetzt kaum erträglichen Lebenshaltungskosten herbeiführen und Beunruhigung in alle Kreise des Volkes tragen. — Ueber die Haltung der Reichsregierung erklärte der Minister, daß sie mit dem deutschen Volke fest entschlossen sei, sich nicht durch französische Gewaltmaßnahmen zu Entschuldigungen zwingen zu lassen, die nicht mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands im Einklang ständen und für die deshalb keine deutsche Regierung die Verantwortung tragen könne.

Berichterstattung des deutschen Botschafters für Rußland in Berlin.

Berlin, 11. Jan. Graf v. Brockdorff-Rantzau wird am Freitag von Moskau hierher abreisen. Die Reise hat, wie die Blätter mitteilen, keinen besonderen Anlaß, sondern war schon vor längerer Zeit in Aussicht genommen.

Ein neuer italienischer Reparationsvorschlag?

Rom, 11. Jan. (Stal. Pressebüro.) Mehreren Blättern zufolge soll sich die italienische Regierung entschlossen haben, eine neue Lösung der Reparationsfrage auf einer rein realistischen Grundlage ins Auge zu fassen, da die gegenwärtige Lage das Zusammenwirken der an einer Lösung der dringenden Frage interessierten Mächte, nämlich Frankreichs, Italiens, Belgiens und auch Deutschlands, erfordere. Natürlich werde Deutschland, wenn es in diese Korporation der Kontinentalstaaten eintrete, eine gewisse Zahl Milliarden leisten müssen, wofür der Zahlungsmodus durch ein

Neueste Nachrichten.

Die französische und die belgische Regierung haben unter stillschweigender Zustimmung Italiens eine Note an Deutschland gerichtet, in der sie unter Behauptung einer Verletzung Deutschlands in bezug auf die Kohlen- und Holzlieferungsverpflichtungen erklären, daß sie eine Anzahl von Ingenieuren und Verwaltungsbeamten ins Ruhrgebiet schicken werden, um die Produktion zu kontrollieren und zu verteilen. Die Teilnahme der beteiligten Truppen sei nicht (!) als militärischer Akt zu betrachten, da diese lediglich zum Schutze der Beamten dienen. Die deutsche Regierung werde ersucht, die dortigen Behörden und Organisationen zur Ruhe und Fortführung der Arbeit anzuweisen. Der deutsche Außenminister hat sich die Antwort der deutschen Regierung vorbehalten, jedoch sofort gegen diesen Rechtsbruch schärfste Verwahrung eingelegt.

Aus England und Amerika kommen heute, wie nicht anders zu erwarten war, lediglich moralisierende Betrachtungen, im übrigen wäscht man seine Hände in Unschuld.

In merkwürdiger Gleichzeitigkeit wird ein Einsatz italienischer Truppen ins deutsche, von alliierten Truppen besetzte Memelland gemeldet, was den Eindruck erweckt, als sollen hier die Methoden der Polen in Oberschlesien fortgesetzt werden.

gemeinsames Abkommen festgesetzt werden solle. Die Zeitungen versichern, daß man in Palazza Chigi an diesem Gegenstand eifrig arbeite. — Herr Mussolini ist uns zu verdächtig, als daß wir uns für Deutschland von seiner Aktion viel versprechen.

Die Reparationskommission wartet ab.

Paris, 11. Jan. Wie Havas mitteilt, hat die Reparationskommission ihre Tagesordnung für die Sitzung am kommenden Freitag, in der ursprünglich das deutsche Moratoriumsgesuch für 1923 offiziell geprüft werden sollte, noch nicht endgültig festgesetzt. Es sei möglich, daß sie die Rückkehr Bradburys abwartet, der bekanntlich vorgestern nach London abgereist ist, und daß sie die Prüfung des Moratoriumsgesuchs auf eine spätere Sitzung verschieben werde.

England kneift.

Paris, 10. Jan. (Drahtb. W.-B.) Wie der „Matin“ meldet, wird Sir John Bradbury der am kommenden Freitag stattfindenden Sitzung der Reparationskommission, die sich mit dem von Deutschland gestellten Moratoriumsverlangen beschäftigt, nicht beiwohnen, da er Paris auf einige Tage verlassen hat.

Die Frage der Haltung Englands.

London, 10. Jan. „Daily Telegraph“ meldet: Der französische Botschafter in London, der bereits am Mittwoch nachmittag Sir Eyrecremi besucht hatte, sprach gestern abend wieder im Foreign Office vor, um die britische Regierung von den Absichten der französischen Regierung in Kenntnis zu setzen. Graf Saint d'Autlatre betonte den Wunsch Poincarés, nicht nur korrekte, sondern auch freundschaftliche Beziehungen mit Großbritannien aufrecht zu erhalten. Soweit in Erfahrung gebracht werden könne, würden französische und belgische Ingenieure und andere Zivilbeamten unverzüglich ins Ruhrgebiet entsandt werden, esortiert von einem unumgänglichen Mindestmaß militärischer Streitkräfte zu ihrem Schutze. Von französischer Seite werde hervorgehoben, daß dieser Schutze nicht notwendig gewesen wäre, wenn alle Alliierten sich bereit erklärt hätten, bei dem Plane mitzuwirken. Die Mitteilung Poincarés hat nach dem Blatt zweifellos die Einberufung der morgen stattfindenden Sitzung des Kabinettsrats beschleunigt. Diese Sitzung werde eine der wichtigsten sein, die seit Jahren stattfanden. In gut unterrichteten Kreisen verlautete, daß u. a. folgende Punkte zur Beratung kommen werden: 1. ob ein Protest gegen die französische Aktion erhoben werden soll und, wenn ja, in welcher Form; 2. ob England weiterhin seine Truppen am Rhein belassen will; 3. die Frage der künftigen Vertretung Großbritanniens in der Reparationskommission, der Botschafterkonferenz und der damit verwandten internationalen Körperschaften.

England überläßt den Protest — Deutschland.

London, 10. Jan. Die „Westminster Gazette“ berichtet zu der Frage der Auslegung der Klausel in Anhang 2 des Friedensvertrags, mit der die Franzosen die Repressalien gegen Deutschland begründen, an verantwortlicher britischer Stelle herrsche eine Ansicht, die die Auslegung dieser Klausel in einem anderen Lichte sehe. Diese Ansicht werde verstärkt in der Reparationskommission, demzufolge die von

essentielle Be-
doch noch nicht
nach wie vor
hunde trodene
Weizen 36 000
neue Sommer-
württ. Roggen
-26 000 Mark
von Auslands-
rotmehl 52 000
-16 000 Mark
(14-16 000),
verändert),
ese.
des amtlichen
frage war grö-
werte und tau-
n. Bankaktien
+ 800 Prozent
000), Notenb.
Brauhaus Ra-
-250 Prozent
aktien waren
 Prozent (17 000),
Kottern + 3500
 Prozent (13 000).
ordentlich fest:
-1550 Prozent
(15 000), Wein-
mit Tullingen
n Werte besser-
-7000 Prozent
Köln-Rottw.
+ 5000 Prozent
hr fest.
fer demarkt
jährige Kohlen
von 1-1 1/2 Mil-
erzielten je nach
rde 100 000 M.
und 4 Millionen
gürtzverein und
tuten und zwei-
orden.
marktpreise.)
Beizen, 49,60 Str.
Beizen 15 000 bis
500 bis 12 000 M.
tagmarkt am
rt: 74 Döfen, 14
Rühe, 329 Käber,
8 Döfen und 11
t: Döfen 1. Qual.
der 1. 50 000 bis
bis 46 000, Rühe
M. 3. 26 000 bis
000 bis 74 000 M.,
bis 79 000 M. 2.
Verlauf des Markt
nicht an den Börsen und
wirtschaftlichen Vertre-
t mann, Calw.
ruderel, Calw.
ädchen=
Besuch!
je zu möglichst so
n Eintritt anständiges
ne für Haushaltung
liche bei guter Ver-
g und zeitgemäßer
lung. Gelegenheit gut
lich Kochen zu erlernen.
Koch, Sägewerk,
Adt H. Leonberg.
verkaufen sehr gut
enen
Feber-
ischenwagen
60 Zentner Tragkraft
D. Schlanderer,
Bierneckerlage, Calw,
Fernsprecher 112.
-lier!
in den Spalten
der kleinen An-
zeigen findet
die praktische
Hausfrau gute
Gelegenheit
überflüssig.
Hausgerät
zu vor-
kaufen!
▽

Deutschland geforderten Kohlenlieferungen die Leistungsfähigkeit Deutschlands überschritten. Das Blatt erzählt jedoch, daß die französische Auslegung des Friedensvertrags von der britischen Regierung nicht ernstlich angefochten werde, dies werde man den Deutschen überlassen.

Zurückberufung der amerikanischen Truppen vom Rhein

Washington, 10. Jan. (Drahtb. W.-B.) Reuter meldet: Der Präsident hat die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

Paris, 10. Jan. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Washington: der Sekretär des Militärdepartements, Weeks, demontierte gestern, daß die amerikanischen Truppen sofort aus dem Rheinland zurückgezogen würden. Er wies darauf hin, daß die Transportverhältnisse derart lägen, daß für die Zurückziehung, selbst wenn Präsident Harding dem Vorschlag des Senats folge, mehrere Wochen erforderlich wären. — Also das übliche A b e r ! . . .

Na'niert ausgeklügelte Erklärungen des amerikanischen Vertreters über die „Verletzungen“

Paris, 10. Jan. Die gestrigen Erklärungen des offiziellen amerikanischen Vertreters Boyden in der Reparationskommission werden von „Newport Herald“ wie folgt wiedergegeben: 1. Nach Boydens Aeußerung versagte Deutschland in juristischer und technischer Beziehung in der Kohlenlieferungsfrage den alliierten Regierungen gegenüber ab s i c h t l i c h. Deshalb sei die Reparationskommission auf Grund des Friedensvertrags automatisch gezwungen, Deutschland entsprechend zu beurteilen. 2. Dieses Versagen sei die automatische Folge des Umstands, daß der Friedensvertrag eine unerträgliche Last darstelle, mit anderen Worten, die Schuld am Versagen treffe mehr den Friedensvertrag als die Deutschen.

Bis zum Ueberdruß widerliche Phrasen aus Amerika.

London, 10. Jan. In einem Telegramm aus Washington an die „Daily News“ führt Senator Borah aus, Europa verfolge einen äußerst brutalen und wahnsinnigen Weg. Während die Völker Europas für den Frieden beteten, bereiteten die europäischen Regierungen den Krieg vor. Wenn den Ver. Staaten der Weg gezeigt werde, wie sie den Völkern Europas helfen könnten, werde die Unterstützung Amerikas nicht ausbleiben.

Newport, 10. Jan. Die „World“ schreibt, Marshall Foch hege die Hoffnung, die deutschen Arbeiter durch hohe Löhne und billige Nahrungsmittel bestechen zu können. Er könne aber kaum hoffen, ganz Deutschland bestechen zu können. Das amerikanische Volk hoffe, daß die amerikanischen und die englischen Truppen den Rhein gleichzeitig verlassen würden. Es würde sich darüber freuen. Dann werde das französische Volk die Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Fehlers und die Verblendung der französischen Staatsmänner begreifen. — Der „Newport Herald“ nennt die antienglische Politik Belgiens eine große Undankbarkeit gegen England. Belgien sei während des Kriegs durch England gerettet worden.

Amerika will nun die alliierten Kriegsschulden regeln.

Paris, 10. Jan. Der „Newport Herald“ meldet aus Washington, es verlautete aus dem Weißen Hause, daß die alliierten Schuldner Amerikas in einer Note angefragt wurde, ob sie imstande seien, im Rahmen der vom Kongreß für die Fundierung getroffenen Bestimmungen ihre Schulden zurückzahlen. Der Anfrage wurde hinzugefügt, daß die Fundierungskommission die bestmöglichen Rückzahlungen mit den verschiedenen Schuldner vereinharen und sie dem Präsidenten unterbreiten werde, der daraufhin den Kongreß um eine Abänderung der Bestimmungen ersuchen werde.

London, 9. Jan. Reuter meldet aus Washington: Bei der Eröffnung der englisch-amerikanischen Fundierungsverhandlungen begrüßte Schatzkanzler Mellon die britischen Delegierten. Der britische Schatzkanzler Baldwin sagte in seiner Erwiderung, Großbritannien wünsche eine geschäftsmäßige Regelung seiner Schulden von 5 Milliarden Dollar auf Grund von Bedingungen, die die englisch-amerikanischen Handelsbeziehungen so wenig wie möglich beeinträchtigen.

Die angelsächsische Moral.

Basel, 10. Jan. Wie die Schweiz. Dep. Ag. meldet, hat die Kommission für den Opiumhandel gestern beschloffen, bei der türkischen Delegation anzufordern, ob die türkische Regierung bereit wäre, die Opiumkonzeption in den künftigen Friedensvertrag aufzunehmen. — Opium wird von England und Amerika vertrieben. Nun man man also auch das türkische Volk mit diesem Gift erodesuchen, wie man es mit China gemacht hat.

Kommunistenverfolgung in Frankreich.

Paris, 11. Jan. Nach einer Mitteilung der Agence Havas erwartet man in parlamentarischen Kreisen die Einbringung eines Antrags in der Kammer, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Marcel Cachin aufzuheben, da seine Verhaftung wegen antifranzösischer Propaganda in Deutschland angeordnet worden sei. In den Räumen der „Humanité“ und in dem Privatbüro Cachins fanden gestern vormittag Durchsuchungen statt. In der Angelegenheit sollen noch weitere Verhaftungen französischer Kommunisten bevorstehen.

Ein griechisches Dementi.

Paris, 11. Jan. Die griechische Gesandtschaft dementiert die Meldung, wonach die griechische Armee die Abfahrt der Diktatoren wieder zu befehlen.

Auch das Memelland bedroht.

Einfall litauischen Militärs ins Memelland.

Memel, 10. Jan. Nach hier vorliegenden Nachrichten bestätigt es sich, daß anscheinend irreguläre litauische Banden in den Grenzort Laugsgargen eingebrungen sind. Ein Teil der französischen Besatzungstruppen wurde mit Kraftwagen an Ort und Stelle geschickt und in Vormarsch gesetzt. Auch der Oberkommissar begab sich nachmittags dorthin. Wie weiter berichtet wird, wurde auch die Grenzstation Bajohren (nördlich von Memel) von Litauern besetzt. Ferner verlautet, daß reguläre litauische Truppen bei Eglisfaulen (östlich Erjohren) über die Grenze traten und südlich in Richtung auf Memel vordringen. Der Oberkommissar Petisue erließ als Vertreter der alliierten Mächte folgenden Aufruf: Einwohner des Memelgebiets! Eine große Anzahl von Freischärlern drang in die Grenzstation Laugsgargen ein. Als Vertreter der alliierten Mächte werde ich mich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln der Verletzung des Gebiets widersetzen. Ich ersuche die Bevölkerung, die Ruhe zu bewahren, ihren Geschäften und ihrer Arbeit nachzugehen. Den mir von den alliierten Mächten anvertrauten Posten werde ich nicht verlassen. — Es handelt sich zweifellos um dieselben Mannöver wie sie die Polen in Oberschlesien mit Hilfe der Franzosen unternommen haben. Bekanntlich will man uns auch das Memelland nehmen.

Berlin, 11. Jan. Nach einer Meldung aus Memel sollen zwei litauische Kompagnien und etwa 50 Zivilpersonen die memelländische Grenze überschritten haben. Die deutsche Öffentlichkeit wird über diesen Friedensbruch aufs äußerste beunruhigt sein. Wieder einmal schiebt sich anscheinend eine fremde Macht an, ferndeutsches Land gegen den ausgesprochenen Willen seiner Bevölkerung zu besetzen. Im Vertrage von Versailles mußte Deutschland auf das Memelgebiet verzichten. Deutschland kann den bedrängten Brüdern jenseits des Memelstromes nicht mit der Tat zur Hilfe kommen, aber das ganze deutsche Volk wird durch diese neue Vergewaltigung deutscher Bevölkerung schmerzlich berührt und erwartet, daß die alliierten Mächte, die gegenwärtig Herren des Gebietes sind, ihrer Verpflichtung nachkommen, das Memelgebiet und die Rechte seiner Bevölkerung nachdrücklich zu schützen. — Es scheinen hier innere Zusammenhänge zwischen den Ruhrplänen der Franzosen zu bestehen. Vielleicht will man neben Deutschland auch die Russen herausfordern.

Vor der Entscheidung über das Memelland.

(Grz.) Kowno, 10. Jan. Nach Pariser Meldungen der litauischen Presse steht eine Rundgebung der „verbündeten Mächte“ über das nächste Schicksal des Memellandes unmittelbar bevor. Angeblich soll ein „territoire neutre“ — ein Neutralgebiet geschaffen werden, das allerdings nur ein Provisorium darstellen soll, worin die litauische Selbständigkeit einen großen politischen Erfolg sieht. Das memelländische Gericht sei auf diese Weise für Polen festgelegt worden, in der geheimen Hoffnung, daß nach 10 oder 15 Jahren die politischen Verhältnisse im östlichen Mitteleuropa sich zu Polens Gunsten soweit verändert haben werden, daß einer direkten Einverleibung des provisorischen „territoire neutre“ in den Weichselstaat nichts mehr im Wege stehen würde. Wie die litauischen Zeitungen weiter mitteilen, soll dieses neue Gebilde deutschen Kulturlandes den historischen deutschen Namen „Memel“ für den Hasen und das ganze Neutralgebiet behalten. Diese Entscheidung beweist ebenfalls, daß die Entente, und ihre Kreatur der „Völkerbund“ auf die Wünsche der Bevölkerung keinerlei Gewicht legt, die bekanntlich bei verschiedenen Volksabstimmungen immer wieder in überwältigender Mehrheit ihr Verbleiben bei Deutschland zum Ausdruck gebracht hat.

Bermischtes.

Französische Völkerbundsphrasen.

Paris, 9. Jan. In der heutigen Eröffnungsitzung des Senats sagte der Alterspräsident Denis unter Hinweis auf die Rolle des Völkerbundes für den europäischen Frieden, der Tag des Friedens sei gekommen, wenn alle Länder dem Völkerbund angehörten und keines von ihnen durch die Waffen ungerechte Forderungen zur Geltung bringen könne, ohne daß sich alle anderen Völker gegen es wenden. Man habe die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund verlangt. Es sei zu wünschen, daß es ihm gehöre. Aber es müsse vorher zwei Bedingungen erfüllen: 1. müsse es seine Zulassung verlangen, aber es werde sie so lange nicht fordern, solange es die Revanchegeanken, deren es sich rühme, nicht aufgegeben habe, 2. sei es notwendig, daß es die Verpflichtungen erfülle, die es unterzeichnet habe und die das Parlament durch die Ratifizierung des Vertrages von Versailles gutgeheißen habe. Ein Deutschland, das sich absichtlich in den Bankrott stürze, könne nicht neben den Nationen einhergehen, die ihr Wort hielten. Dies sei ihrer unwürdig. Das sollten auch die Engländer begreifen.

Aus dem einstigen Deutsch-Ostafrika.

ep. Der evangelischen Missionsgesellschaft in Leipzig ist von der englischen Regierung gestattet worden, den Elshäuser Pfingster, einen erfahrenen Ostafrikaner, sowie den Südrussen Rusch auf ihre Missionsfelder am Kilimandscharo und Meru zu entsenden. Diese Missionsfelder sind seit der Vertreibung der Reichsdeutschen unter der Pflege von 2 deutsch-baltischen und 2 deutsch-amerikanischen Missionsarbeitern in befriedigendem Zustand geblieben und haben eine erhebliche Zunahme der eingeborenen Christen erfahren. Letztere wünschen die unbeschränkte Rückkehr der Deutschen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Januar 1923.

Weihnachtsfeier für die Alten und Einsamen.

Eine Weihnachtsfeier besonderer Art fand am Freitag vor dem Erscheinungsfest statt. Die Helferinnen des Ev. Volksbunds hatten sich die Alten und Einsamen, über 100 an der Zahl, eingeladen, um ihnen eine Freude zu bereiten. Gaben von Freunden, auf dem Lande, besonders der Ortsgruppe Altbürg, und freundliche Gaben aus der Stadt hatten es ermöglicht, ihnen einen Kaffee mit knusperigem Ring vorzusetzen. Frau Apotheker Wieland begrüßte sie herzlich, Stadtpfarrer Lang führte mit seiner Weihnachtsansprache ins Kinderland. Dann zogen kleine Aufführungen, Chöre, Gedichte, Musikstücke an den Gemütern vorüber und in den Augen der Gäste spiegelte sich bald nicht bloß der Schein der Kerzen, die die Tafeln stimmungsvoll beleuchteten, sondern der Widerschein echter Freude. Ein warmer Hauch lag über dem Ganzen. Eine zweite Feier ist im März beabsichtigt; hoffen wir, daß sie Verständnis findet und ebenso gelingt wie die erste! Nach ein paar Stunden ging man auseinander mit dem Abendsegen: „Breit aus die Flügel beide.“

„Preisunterschiede bei Berechnung des elektrischen Stromes“.

Zum Artikel im „Calwer Tagblatt“ vom 5. Januar 1923. Die seit einigen Monaten beim Gemeindeverbands-Elektrizitätswerk in Teinad und beim städtischen Elektrizitätswerk in Calw bestehende rückwirkende Festsetzung der Strompreise hat ihre wichtigen Gründe darin, daß beide Werke keine privaten sondern öffentlichen, gemeinnützigen Betriebe und als solche nicht auf Gewinn sondern nur auf Rentabilität eingestellt sind. Sie sollen elektrische Arbeit an jedermann möglichst billig liefern. Die Stromberechnungen müssen deshalb in heutiger Zeit sehr vorsichtig geschehen, um solche Werke vor jedem Schaden zu bewahren. Bei den stetig steigenden Preisen für alle Betriebsbedürfnisse, dauernden, meist rückwirkenden Lohn- und Gehaltserhöhungen müssen die Monatsergebnisse abgewartet werden, da andernfalls für solche Mehrausgaben, die bei großen Werken in die Millionen gehen, Dedung nur im folgenden Monat geschaffen werden kann. Ein Privatbetrieb kann sich dagegen eher schütten, da dieser die Möglichkeit hat, seine Preise immer so hoch zu gestalten, daß Teuerungswellen für alle Fälle vorgebeugt ist. Was die 8- oder 14-tägige Festsetzung des Strompreises betrifft, so soll gleich vorweg bemerkt sein, daß dies infolge des großen Verwaltungsaufwands unmöglich ist und zum mindesten nie zu einer Verbilligung des Strompreises beitragen würde. Denn mit der Festsetzung des Strompreises alle 8 oder 14 Tage allein wäre nicht gebient; es müßten sämtliche Zähler abgelesen und der Verbrauch zum jeweiligen Preis berechnet werden. Weitere Hilfskräfte müßten hierzu angestellt werden. Dem Handwerker kann in diesem Fall nichts anderes empfohlen werden, als sich eben in ähnlicher Weise vor Verlusten zu schützen, das heißt seine Rechnung erst dann zu machen, wenn er die hierfür notwendigen Grundlagen besitzt. Es ist der Zwang der Zeit. St. G. C.

Der neue Posttarif.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. Januar 1923 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende: Für Postkarten im Ortsverkehr 10 M, im Fernverkehr 25 M; Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 20 M, über 20 bis 100 g 30 M, über 100 bis 250 g 50 M; für Briefe im Fernverkehr bis 20 g 50 M, über 20 bis 100 g 70 M, über 100 bis 250 g 90 M; für Drucksachen bis 25 g 10 M, über 25 bis 50 g 20 M usw.; für Aufsichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind 10 M; für Geschäftspapiere und Mißgebunden bis 250 g 50 M, über 250—500 g 70 M, über 500 g bis 1 kg 90 M; für Warenproben bis 250 g 50 M, über 250 bis 500 g 70 M; für Päckchen bis 1 kg 100 M, für Pakete bis 3 kg in der Nahzone 200 M, in der Fernzone 400 M, über 3—5 kg 300 bzw. 600 M, über 5—6 kg 350 bzw. 700 M, über 6—7 kg 400 bzw. 800 M usw. bis 10—20 kg 1550 bzw. 3100 M; für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen bis 5000 M 40 M, bei unversiegelten Wertpaketen 20 M, über 5000 bis 10 000 80 bzw. 40 M, über 10 000 für je 10 000 M oder einen Teil davon 80 bzw. 40 M, für Postanweisungen bis 1000 M 30 M, über 1000 bis 5000 M 40 M, über 5000 bis 10 000 M 60 M usw. bis über 40 000—50 000 220 M (Neißebeitrag ist von 20 000 auf 50 000 M erhöht). Die Einschreibgebühr ist auf 40 M, die Vorzeigebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 25 M festgesetzt. Für die Einbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 60 M, nach dem Landbestellbezirk 125 M, für ein Paket bis 10 kg nach dem Ortsbestellbezirk 125 M, über 10 kg 175 M, nach dem Landbestellbezirk bis 10 kg 250 M, über 10 kg 300 M. Neu gelangen zur Einführung Bestellgebühren für die in die Wohnungen der Empfänger zu bestellenden Pakete und Paketausgabegebühren für die bei den Postanstalten abzuholenden Pakete zu folgenden Sätzen: für jedes Paket bis 10 kg eine Paketbestellgebühr von 50 M, Paketausgabegebühr von 25 M, über 10 kg 100 bzw. 50 M; für bar eingezahlte Zahlkarten bis 1000 M einschl. 15 M, über 1000 bis 5000 M 20 M, über 5000—10 000 M 30 M usw. bis über 40 000 bis 50 000 M 110 M, für jede weitere 10 000 M 20 M mehr, für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 100 M für eine Zahlkarte. Im Telegraphenverkehr sind

Die wichtigste gebühr 80 A telegramme Wort 20 M Wertsendung nach dem S wie nach der Memelgebiet gelten ferner

Der Reich seiner Geneh 1923 verläng geldschein den, also a sowie a Notgeldschein und Eisenba nommen; sie steller einzul Protest de

(S. 2) E des Finanz Staatspräsi Lage ab: D ist, so möch auszufuß des der Staatsreg des Krieges i gestanden, w ten zufolge, erster Linie Zustellung ser Uruch de wehrlofes R Schein des P los gegen so können nur und auf unse anderen Wl jezt, in ruhig nen auf Pa nur mit Gem Wissen, un r die ganze Kr ten Volkes er zung mit der mit der Reich der Geschosse sollte aller u unserer unter neuen schen grenze unferes dem erneuten Bedrängten d deutsche Ein men aller Pa ganze Aussch der Regierung Keil über e hes für die einer Million über den Sta Waldbesthero die als durch wurden. Die Fiferreimalfe gelnen Fortwä wünschten Au

„Bon St men.“ ergä Angst auf d meine Leben leichten Schr entblättere bald war ich denn fell wi „Dahin o kamst du abe „Das hal ste. „Du wu Berrichtung du habest de Seitenpfortd Mreibung w zufällig etwa nachher sehr griff hinein, Aber nun be gar keinen ar alles gut gi Mutter vors der Welt wa die müssen es „Jst dir du nicht Wi fragte Erhar „Von dem Wejen an m

uar 1923.
insamen.
am Freitag
nen des
Einsamen.
eine Freude
e, besonders
ben aus der
ee mit knus-
Bieleland
e mit seiner
ogen kleine
an den Ge-
spiegelte sich
Tafeln stim-
hein edler
ngen. Eine
wir, daß sie
erfiel. Nach
dem Abend.
anuar 1923
berverbands-
schen Selekt-
Festsetzung
darin, daß
he, gemein-
inn sondern
n elektrische
tefern. Die
er Zeit sehr
Schaden zu
für alle Be-
nden Lohn-
gebnisse ab-
hrausgaben,
Dedung nur
Ein Privater
die Mög-
halten, daß
Was die 8-
riffit, so soll
des großen
mindesten
beitragen
reifes alle 8
hüften sämt-
jeweiligen
hüften hiezu
diesem Fall
n ähnlicher
e Rechnung
notwendigen
t. St. G. C.
anuar 1923
r innerhalb
ten im Orts-
im Ortsver-
über 100 bis
50 M. über
; für Druck-
w.; für An-
der ähnliche
n niederge-
Wischendun-
ber 500 g bis
über 250 bis
Pakete bis
100 M. über
ezw. 700 M.
-20 kg 1550
e und Wert-
angeführte
betragt bei
bis 5000 M
, über 5000
000 M oder
leistungen bis
ber 5000 bis
20 M (Meiste
Einschreib-
Nachnahmen
Eilbestellung
Brieftendung
Landbestell-
Ortsbestell-
bbestellbezirk
gen zur Ein-
hungen der
ausgabegebül-
en Pakete zu
eine Paket-
von 25 M.
e Zahlkarten
20 M, über
bis 50 000 M
für bargeld-
ststens jedoch
nvertkehr sind

Die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 80 M und außerdem für jedes Wort 40 M; Orts-telegramme Grundgebühr 40 M und außerdem für jedes Wort 20 M. Die Inlandsgebühren für Brieftendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Brieftendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich.

Der Verfalltag für deutsches Notgeld.

Der Reichsfinanzminister hat die Umlaufzeit für das mit seiner Genehmigung herausgegebene Notgeld bis zum 5. Febr. 1923 verlängert; diese Bestimmung erstreckt sich auch auf Notgeldscheine, die erst nach dem 5. Dezember 1922 ausgegeben wurden, also am 5. Februar noch nicht 2 Monate im Umlauf sind, sowie auf Scheine, denen ein früherer Verfalltag aufgedruckt ist. Notgeldscheine werden also von den öffentlichen Kassen, an Post- und Eisenbahnschaltern nur bis zu diesem Tage in Zahlung genommen; sie sind dann spätestens binnen vier Wochen vom Aussteller einzulösen.

Protest des württ. Staatspräsidenten gegen die französischen Gewaltpläne.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. Jan. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Finanzausschusses gab vor Eintritt in die Tagesordnung Staatspräsident Dr. Heber folgende Erklärung zur politischen Lage ab: Da der Landtag in diesen Tagen nicht verammelt ist, so möchte ich in dieser überaus ernsten Stunde im Hauptauschuß des Landtags als seiner berechtigten Vertretung namens der Staatsregierung folgendes erklären: Noch nie seit dem Ende des Krieges ist das deutsche Volk vor so schweren Entscheidungen gestanden, wie in diesen Tagen. Frankreich ist, allen Nachrichten zufolge, im Begriff, seine längst gehegten Pläne, die in erster Linie auf wirtschaftliche und politische Vernichtung und Zerstückelung Deutschlands hinauslaufen, zu verwirklichen. Dieser Bruch des Versailler Vertrags und Gewaltakt gegen ein wehrloses Volk wird ohne Zweifel auch diesmal mit dem Schein des Rechts umkleidet werden; das deutsche Volk ist wehrlos gegen solche Vergewaltigung und Vertragsverletzung. Wir können nur unser heiliges Recht auf unseren deutschen Boden und auf unser Leben als Volk geltend machen und dies den anderen Völkern zum Bewußtsein bringen. An uns liegt es jetzt, in ruhiger Entschlossenheit den neuesten französischen Plänen auf Pfandmaßnahmen und Ziehung von Zollgrenzen, die nur mit Gewalt durchgeführt werden können, den geschlossenen Willen, uns nicht zu beugen und uns nichts abpressen zu lassen, die ganze Kraft eines jeztlich geeinten und staatlich willensstarken Volkes entgegenzusetzen. Darin darf sich die Württ. Regierung mit dem Württ. Landtag und Volk, dürfen wir uns auch mit der Reichsregierung eins wissen. Gegenüber dieser Pflicht der Geschlossenheit, des Gemeinns und der Opferbereitschaft sollte aller Parteihader zurücktreten. Wir gedenken besonders unserer unter dem Druck der Fremdherrschaft stehenden und nun neuen schweren Prüfungen ausgehenden Brüder an der Westgrenze unseres Vaterlandes. Wir wissen uns mit ihnen eins in dem erneuten Gelöbnis der Treue zum Reich und geloben den Bedrängten besondere Treue. Keine Gewalt der Erde kann die deutsche Einheit und unser gutes Recht vernichten. — Im Namen aller Parteien stellte der Vorsitzende Dr. Wolff fest, daß der ganze Ausschuß aus vollem Herzen und einmütig der Erklärung der Regierung zustimme. — Hierauf berichtete Arbeitsminister Reil über eine neue Pfandmaßnahme von Seiten des Reiches für die Sozialrentner. Hieran ist Württemberg mit etwa einer Million Mark beteiligt. Bei der Fortsetzung der Beratung über den Etat der Forstverwaltung haben Eingaben des württ. Waldbesitzerverbands und des Waldarbeiterverbands vorgelegen, die als durch die früher gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt wurden. Die weitere Debatte drehte sich um die Jagd- und Fischereirechtsverordnungen, sowie um die Mißstände bei einzelnen Forstämtern. Von Seiten der Regierung wurden die gewünschten Aufschlüsse gegeben. — Fortsetzung nachm. 4 Uhr.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.
„Von Stund an war meine Schwäche von mir genommen,“ erzählte Justine weiter, „es war mir, als ob ich die Angst auf den abgeben hätte, dem sie gebührte, alle meine Lebenskraft hatte ich wieder und kam mit großen, leichten Schritten vorwärts. Der Wald wurde lichter, das entblätterte Laubholz ließ den Mondschein eher durch, und bald war ich im freien Feld, wo nur gar zu viel Licht war, denn hell wie am Tag lag die Stadt vor mir.“
„Dahin also bist du gegangen?“ fragte Erhard. „Wie kamst du aber in der Nacht hinein?“
„Das habe ich niemand als dir verdankt,“ erwiderte sie. „Du wurdest einmal bei Nacht hineingeführt zu einer Verriehung in der Pfaffenmühle und erzähltest nachher, du habest dem Torwächter das Aufstehen erspart und ein Seitenpförtchen benutzt, das immer offen sei. Deine Beschreibung war an mir hängen geblieben, wie man oft zufällig etwas aufsaßt, das man für gleichgültig hält und nachher sehr gut brauchen kann. Ich fand das kleine Gatter, griff hinein, zog den Schieber zurück, und drin war ich. Aber nun begann erst die rechte Not. Bis dahin hatte ich gar keinen anderen Gedanken gehabt, als das Kind, wenn alles gut ginge, seinem unnatürlichen Vater und dessen Mutter vors Haus zu legen; denn so lang es noch nicht auf der Welt war, hatte ich kein rechtes Herz für es und dachte, die müssen es haben, die es angeht.“
„Ist dir dieser Gang nicht schwer gefallen, und hast du nicht Mitleid mit dem jungen Wesen empfunden?“ fragte Erhard.
„Von dem Augenblick an, wo ichs als ein lebendiges Wesen an meine Brust gedrückt hatte, war mein Gemüt

Finanzausschuß.

(Stuttg.) Stuttgart, 9. Jan. Der Finanzausschuß nahm heute seine Beratungen wieder auf und behandelte zunächst die Frage der Gewährung von Sonderzuschlägen an die württ. Beamten. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag aller Parteien angenommen, in welchem sich der Landtag einverstanden erklärt, daß Sonderzuschläge wie sie den Reichsbeamten in einigen württembergischen Orten gewährt werden, auch den württ. Beamten in gleichem Umfange gewährt werden sollen. Wenn auch der Ausschuß gegen die weitere Differenzierung der Gehaltsklassen ist, so sollen die württ. Beamten den Reichsbeamten doch nicht nachsehen. Sodann wird Kapitel 88 des Staatshaushaltsplanes nach längerer Aussprache über die Verpachtung genehmigt. Zu Kap. 89 (Forsten) wird ein Antrag des Reichertstatters Scheef, den Etatjah auf 535 Millionen Einnahmen aus Holzträgen auf 810 Millionen zu erhöhen, angenommen. Nach längerer Aussprache wird noch ein demokratischer Antrag, Holzarmen Gemeinden eine entsprechende Menge Holz zur Herstellung von Särgen für Minderbemittelte abzugeben zu einem erträglichen Preis, angenommen. Auf eine sozialdemokratische Anfrage betr. Beschaffung von Papierholz für württembergische Zeitungen wurde seitens des Finanzministers erwidert, daß die Regierung nicht beabsichtigt, besondere Maßnahmen zu treffen, weil sie in Württemberg nicht möglich seien, da die württembergischen Zeitungsverleger das Papier aus Bayern (?) beziehen. (Fortf. Mittwoch 2 Uhr.)

Kommunistische Massenkundgebung gegen den Versailler Vertrag.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. Jan. Am Dienstag veranstaltete die K.P.D. Groß-Stuttgart im Dinkelsäcker-Saalbau eine internationale Massenkundgebung gegen den Versailler Friedensvertrag und die imperialistische Gewaltpolitik. Der Besuch war außerordentlich stark, so daß Tausende keinen Zutritt mehr fanden. Als Vertreter der ausländischen Arbeitererschaft sprachen Newbold, kommunistisches Mitglied des englischen Parlaments, der französische Kammerdeputierte Marcell Cachin, Banucci (Italien), Charles Huber (Schweiz) und Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin. Einstimmig wurde eine Entschliesung angenommen, in der gegen die Gewalt- und Raubpolitik Poincarés protestiert wird und zum Ausdruck kommt, daß national und international von der Arbeitererschaft in allen kapitalistischen Staaten, gestützt auf Sowjet-Rußlands reale Macht, der Kampf gegen die Lügen der imperialistischen Raubpolitik geführt werden muß.

Aggenbach, 10. Jan. Vergangenen Sonntag hielt der hiesige Kriegerverein im Gasthaus zum Lamm einen Unterhaltungsabend ab, der zahlreich besucht war, auch von den Kameraden aus Würzburg. Nach einigen Worten der Begrüßung gedachte der Bezirksobmann, Herr Ober-

Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, sorge jeder in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Auslande Verbreitung finden, jedes einzelne Blatt kann deutschem Interesse dienlich sein.

reallehrer Kühle, unserer Gefallenen, die durch Erheben vor den Siben geehrt wurden. Sein Rückblick über das schwere vergangene Jahr und sein Ausblick in die so düstere Zukunft gipfelten in dem Gedanken, daß Deutschland trotz allem nicht untergehen werde, wenn wir uns fühlten als ein Volk von Brüdern. Trotz allem feindlichen Druck „Deutschland über alles“ — das war der Schlußgedanke seiner Ansprache, die ausklang in ein Hoch auf unser geliebtes Vaterland. Nun konnte sich der gemütliche Teil abwickeln, der bestritten wurde von unseren lieben Calwer Kameraden: Herrn Oberreallehrer Heller durch Vortrag selbstverfaßter launiger Gedichte, Herrn Oberreallehrer Lacher mit seinem fesselnden Lichtbildervortrag über die Tätigkeit unserer Pioniere und Eisenbahntuppen im Felde, wobei wohlgelungene Lichtbilder Kunde gaben von den großen Leistungen dieser Truppen beim Brückenbau; endlich von Herrn Apotheker Reimann, dem Unermüdbaren, der mit seinen glänzenden humoristischen Vorträgen den Löwenanteil an der Veranstaltung bestritt. Ihnen allen sei nochmals bestens gedankt. Eine den Hinterwäldlern unbekanntes sogen. amerikanische Versteigerung eines Christbaums erbrachte für Kriegsbeschädigte und Kriegsblinde die große Summe von 4350 M. So war bei diesem ersten geselligen Beisammensein auch der wohlthätige Zweck in schönster Weise erfüllt. Erwähnt sei noch, daß auch der „Gemischte Chor“ durch schlichten Vortrag einigerlieder zum Gelingen des Abends beigetragen hat.

(Stuttg.) Schwann O.V. Neuenbürg, 10. Jan. Der 45 Jahre alte Langholzfuhmann Ernst Kull von Denna, bedienstet bei Althirshwirt Aldinger, ist in der Nähe von Karlsruhe tödlich verunglückt. Er hatte einen mit Slangen beladenen Wagen, mit zwei Pferden bespannt, davon ein entlehntes, zu leiten und wurde von einem Zuge der Albtalbahn erfasst. Das entlehnte Pferd wurde getötet, das andere blieb am Leben. Wie das Unglück entstand, ob Selbstverschulden vorliegt, oder ob die Schranke nicht geschlossen war, ist noch nicht aufgeklärt.

(Stuttg.) Jagstfeld, 10. Jan. Der 39jährige verh. Bergmann Schneider in Schmersheim wurde beim sog. Abräumen der Firne durch eine sich plötzlich lösende größere Gesteinslast umgeworfen und kam teilweise unter diese zu liegen, wobei er so schwer verletzt wurde, daß trotz sofortiger ärztlicher Hilfe nach einigen Stunden der Tod eintrat.

(Stuttg.) Ulm, 10. Jan. Dienstag abend überschlug sich bei der Dententaler Steige ein Auto. Der Chauffeur wurde tödlich verletzt.

(Stuttg.) Biberach, 10. Jan. Der wegen Diebstahls festgenommene Stallschweizer Wendelin Steurer von Unterweiler O.V. Saulgau hat sich im Amtsgerichtsgefängnis in seiner Zelle erhängt. Er ist 26 Jahre alt und war zuletzt in Rißlegg bedienstet, wo er einem Landwirt Gegenstände im Wert von 135 000 M entwendete, und diese in einer Scheuer versteckt hatte. Eine Durchsuchung seines Kastens und Koffers förderte noch eine Menge gestohlener Gegenstände zu Tage, darunter vier Lokomotivriemen und eine große Menge Wäsche- und Kleidungsstücke.

(Stuttg.) Vom Bodensee, 9. Jan. Einem weiteren umfangreichen Warenschmuggel sind die Grenzbehörden wieder auf die Spur gekommen, der sich zwischen Gottmadingen und Buch kurz vor Weihnachten abspielte. Bis jetzt sind sieben Personen, darunter ein früherer Grenzbeamter und eine Frau, bereits verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Als der Schnee lag, betrieben die Schweizer ihr dunkles Gewerbe, in weiße Reintücher eingehüllt, um so bei der Nacht auf ihren Schmuggelwegen weniger gesehen zu werden. Der Wert der geschmuggelten Waren beläuft sich auf viele Millionen. Auch konnte für etwa 1 Million Mark Waren und 600 Franken bei den Schmugglern beschlagnahmt werden.

mand war mir barmherzig genug dazu; ich irrte wie ein Geist von Haus zu Haus, aber an keinem fand ich das Zeichen angehängt, das meinem Findling Aufnahme verheißt. Ich war an Leib und Seele ermattet, der Tod sah mir im Herzen, und schon gedachte ich mich in den Schatten der Kirche zu legen und dort mit meinem Kind zu sterben, da führte mich der Zufall, der sicher mehr als ein Zufall war, vor das rechte Haus. Du kennst es: am Isarjenseel, dem Pfleghof gegenüber, das kleine Haus mit dem halben Giebel —

„Wie?“ rief Erhard, „das Schusterhäuslein, das überhängende, von Alter schwarzbraune? Es ist freilich wahr, die Leute sind kreuzbrav aber —“ Er schüttelte den Kopf und sah sie ungewiß an.

„Ich weiß, was du sagen willst,“ erwiderte sie. „Bei gewöhnlichem Nachdenken hätte ich wohl auch anders gehandelt, aber es war wie eine Eingebung über mich gekommen, Zeit zum Ueberlegen hatte ich ohnehin keine mehr, und so legte ich meine Bürde sacht auf die Hausstaffel, zog an der Schnur, die dort herabhängt, und sprang hinter einen Mauerpfeiler, der mich mit seinem Schatten deckte. Auf das Klingeln erschien der Hausherr bald am Fenster und rief: „Wer ist da?“ Wie er aber niemand bemerkte, schlug er mit einem Brummen das Fenster zu, und im Hause blieb es still. Ich war in Verzweiflung, die Morgengäfte schauerte mir durch die Glieder und ergriff auch das Kind, das bis dahin ruhig geschlafen hatte. Es begann zu schreien, und seine klägliche Stimme drang mir durch Mark und Bein. Ich wagte mich auf jede Gefahr hin hervor, hauchte es an, um ihm ein wenig Wärme zu geben, riß an der Klingel, als ob ich Sturm läuten müßte, und flüchtete mich wieder in mein Versteck.“ (Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar ist gestern infolge des politischen Drucks Frankreichs auf 10 388 Mark, der Schweizer Franken auf 1947 Mark gestiegen.

Russische Getreideausfuhr nach Deutschland?

Die Landwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Die russische staatliche Gesellschaft für Getreidehandel „Chlebo-produkt“ beabsichtigt in diesem Jahr versuchsweise eine Million Pud Weizen und zwei Millionen Pud Gerste ins Ausland auszuführen. In erster Linie soll diese Ausfuhr nach Deutschland gehen; ein Vertreter der Gesellschaft begibt sich nach Deutschland. Die ersten Ansätze zur Wiedereinfuhr russischen Getreides nach Deutschland wären damit gegeben. Wenn auch die Nachricht nicht in vollem Umfange sich bewahrheiten sollte, so gibt sie doch Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, daß die russische Landwirtschaft eines Tages mit der Ausfuhr wird beginnen können. So sehr das im Interesse der Brotversorgung des deutschen Volkes zu begrüßen wäre, so sehr muß man in landwirtschaftlichen Kreisen diesem Zeitpunkt mit Sorge entgegensehen. Wir haben noch ungeheuer viel zu tun, um unsere Inlandsproduktion an Getreide so zu gestalten, daß sie den Einfuhrerzeugnissen gegenüber konkurrenzfähig bleibt. Die einzige Möglichkeit dazu bietet eine konsequente Steigerung der Heftarerträge, welche durchzuführen die maß-

gebenden landwirtschaftlichen Kreise mittels des „Hilfs-werks der deutschen Landwirtschaft“ sich zur Zeit alle Mühe geben.

Bericht über den Calwer Viehmarkt.

Bei dem gestern abgehaltenen Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt waren insgesamt 80 Stück Rindvieh zuge-trieben; darunter befanden sich 5 Stück Zugochsen, 11 Stück Jungstiere, 30 Kühe, 15 Kalbinnen, 20 Kinder. Der Preis für Zugochsen betrug 400 000—500 000 M, Jungstiere 130 000—200 000 M, Kühe 400 000—500 000 M, Kalbinnen 180 000—290 000 M, Kinder 130 000—260 000 M, je per Stück. Pferde waren keine zugeführt. Auf dem Schweine-markt waren 12 Stück Läufer und 71 Stück Milchschweine zugeführt. Der Preis für Läufer betrug 60 000—100 000 M, für Milchschweine 38 000—58 000 M, pro Paar. Der Handel auf dem Viehmarkt war nicht besonders lebhaft, dagegen wurde auf dem Schweinemarkt bereits alles verkauft.

Märkte.

In Ellwangen kostete das Paar Milchschweine 55 000—60 000 M, in Schussenried 40 000—45 000 M.

(EGB.) Stuttgart, 10. Jan. Dem Monatspferde-markt im Städt. Schlachtvieh Hof am 8. Januar waren 207 Pferde zugeführt. Für leichtere Pferde wurden 200 000 bis 300 000 M bezahlt, schwerere Pferde kamen auf 1 Mil-lion Mark und darüber. Der Besuch des Marktes war gut, Verlauf und Umsatz lebhaft.

(EGB.) Ludwigsburg, 10. Jan. Dem Schweine-markt waren 9 Läufer- und 92 Milchschweine zugeführt. Läufer Schweine galten 40—60 000, Milchschweine 26—30 000 Mark per Stück. Der Verkauf ging infolge der hohen Preise nur langsam von statten.

(EGB.) Balingen, 10. Jan. Dem Viehmarkt wur-den zugeführt: 10 Farren (Preis 800—990 000 M), 20 Hähnen und Stierle (Preis 1/2—3/4-jährig 80—170 000 M; 1—1 1/2-jährig 180—260 000 M, Zugochsen das Paar 560 000 bis 920 000 M, 64 Kühe (200 000—700 000 M), 59 Kalbin-nen (220—560 000 M), 108 Stück Jungvieh (1/2—3/4-jährig 110 000—190 000, 1—1 1/2-jährig 200 000—240 000 M). Bei wenig Kauflust war der Handel flau. — Auf dem Schweine-markt waren 315 Milchschweine zugeführt. Preis für das Stück 15 000 bis 34 000 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelskreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten und Großhandelspreisen emporheben, werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile-folgen in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw.
Druck und Verlag der H. Celschlag'schen Buchdruckerei Calw.

Gedenket der Heimatnot-Spende!

Amtsgericht Calw.

Im Genossenschaftsregister wurde heute bei dem Darlehenskassenverein Leinach, e. G. m. u. H., in Leinach eingetragen, daß durch Beschluß der Generalversammlung vom 25. November 1922 an Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Karl Braun der Kaufmann Eugen Baur in Leinach zum Vorstandsmitglied bestellt worden ist.

Calw, den 9. Januar 1923.

Obersekretär Dürr.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw. Zahnbehandlung.

Der im „Calwer Tagblatt“ vom 21. November 1922 bekannt gegebene

vertragslose Zustand mit den Zahnärzten und Dentisten ist aufgehoben.

Die Behandlung der Kassenmitglieder im Rahmen der Satzung ist wieder in vollem Umfange ausgenommen.

Calw, den 10. Januar 1923.

Vorsitzender des Kassenvorstands: Ramparos. Verwalter: Prof.

Breitenberg.

Die hiesige Gemeinde verkauft einen schweren, erstklassigen



Schlacht-Farren

Nur schriftliche Angebote nach Str.-Lebend-gewicht sind spätestens bis Samstag, den 13. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen.

Breitenberg, den 11. Januar 1923.

Schultheißenamt: Kübler.

Freie Schloffer-Innung Calw.

Am Sonntag, 14. Januar, nachmittags 3 Uhr

Versammlung

im Restaurant Giebelnath neben der Post.

Bezirks-Farrenhalter-Bereinigung.

Mit sofortiger Wirkung werden folgende Entschädigungssätze festgesetzt:

1. Sprunggeld dem jeweiligen Milchpreis entsprechend, mindestens jedoch 100 Mk.
2. Farrenhaltungen mit Pflegehystem Grundpreis vierjährig pro Farren Mk. 120 000.—
3. Farrenhaltungen in eigen. Besitz vierjährig pro Farren Mk. 80 000.—

Der Ausschuß.

50 Stück elektr. Bügeleisen

verkauft weit unter Tagespreis

3 1/2 Kg. Mk. 7000.—

2 1/2 Kg. Mk. 6500.—

Chr. Kurz, Techn. Büro Fernsprecher 57.

Inventur-Ausverkauf vom 13. bis 27. Januar 1923.

Benützen Sie diese selten günstige Einkaufsgelegenheit!

- Anzüge 35 000, 30 000, 27 000, 26 000, 23 000 Mk.
- Schlüpfer, reine Wolle 27 000 Mk.
- Gestreifte Hosen, groß sortiert . . . 9 500, 8 500 Mk.
- Feldgraue Hosen, stabile Ware 6 800 Mk.
- Pilot-Hosen, engl. Leder 4 800 Mk.
- Sport-Hosen, Manchester 11 000 Mk.
- Tuch-Hosen in braun und grau 8 800 Mk.
- Windjacken in allen Größen 12 000, 11 000 Mk.
- Schlosser-Anzüge, kräftige Ware 8 800, 6 800 Mk.

Bruno Ziegler, Pforzheim
Leopoldstraße 7 a, 1 Treppe.

Bekanntmachung.

Meiner verehrlichen Kundschaft zur Kenntnis, daß ich berechtigt bin, im Gebiet des

Gemeinde-Verband Elektrizitätswerk Station Leinach Licht- und Kraftanlagen jeder Art

auszuführen und erfolgt die Ausführung zu gleichen Bedingungen wie beim Gemeinde-Verband Station Leinach.

Ferner möchte ich die verehrliche Einwohnerschaft von Calw erinnern, daß ich beim

Städtischen Elektrizitätswerk Calw

schon seit Gründung meines Geschäftes konzessioniert und ebenfalls berechtigt bin, Licht- und Kraftanlagen jeder Art auszuführen.

Christian Kurz, techn. Büro, Calw
Telefon 57.

Pfannkuch & Co.
Freische Geseffische empfehlen
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekanntesten Verkaufsstellen

Zavelstein, den 10. Januar 1923
Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinsange unseres lieben Vaters, Großvaters und Onkels
Michael Nonnenmann
Totengraber
für die Kranzniederlegung von Seiten des Gesamt-Kirchengemeinderats und des Kriegervereins Zavelstein, für die zahlreiche Beteiligung des Kriegervereins Sonnenhardt, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, den Herren Ehrenträger und allen, die ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben, sagen herzlichen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

„Badischer Hof“.
Montag, den 15. Januar, abends 8 Uhr:
Ist eine Hilfe Englands und Amerikas zu erwarten?
Vortrag

von
Redakteur Otto Sellmann-Calw.

Der Redner wird zur Begründung seiner Auffassung einen Rückblick über die Außenpolitik der führenden Weltmächte von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis zum Weltkrieg geben und ganz besonders die gegenwärtige Weltkonstellation mit ihren Aussichten für Deutschland kennzeichnen.

Zu dem Vortrag ist jedermann, auch die reifere Schuljugend, freundlichst eingeladen.

Kein Wirtschaftsbetrieb. — Saal geheizt.

Zur Deckung der Saalmiete wird ein Eintrittsgeld von 30 Mk. erhoben.

Rotteeefamen
Luzerne
garantier feidfrei e p 1
Dito Lang.

Gutmöbliertes
Zimmer
in der Nähe der Spöhrerschen Handelsschule sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter Sp. 8 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gesucht
Aushilfe
für einige Wochen wegen Erkrankung meines Mädchens; kann zu Hause schlafen.
Frau Dieterich, Stuttgartstr. 423.

Einem 2 1/2-jährigen
Ziegenbock
verkauft
Friedrich Heugle.

Wand-Kalender mit Märkte-Verzeichnis.
Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Emberg, den 10. Januar 1923.
Todes-Anzeige.
Bewandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder
Johannes
nach längerem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 24 1/2 Jahren heute Nacht um 1/2 Uhr in dem Herrn entschlafen ist.
Familie Erhardt.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2 Uhr statt.



Da
Lügnerrische

französischen
Essen, 11. J
find gegen 10
Truppen, die
gedrungen sind
westlicher Rich-
tungen mehrere
Artillerie-Abte-
dureh. Weitere
Besoldung ge-
welder Teilna-
meisten Kollab-
geschloßen und
dustriegebiets
über Oberhaufe
Quartiermacher
Essen, 11. J
der Stadt Essen
Essen, 12. J
ergänzend gem-
schen Truppen
dem Zentrum d-
fie in der Nähe
Gebäude wurde
Die Post wurde
Zeit unterbroch-
graphenverlehr-
Befehung der P-
ten und nach ei-
den Festgenom-
Associated Pres-
in der Nähe des
here Kavallerie-
neue Truppen
längere Zeit la-
sich vollkommen
zentrum waren
Die einziehende
platz. Nach län-
Truppen führen
Amtszimmer
französische Gen-
seiner Regierung
ren habe, insbe-
bäude. Er beab-
rückzugziehen, we-
und Ordnung n-
Burf erklärte, e-
türischen Gewalt
gegen die Ausl-
nahm die Erlä-
zur Kenntnis. I-
ihrem Eintreffen
Degoutte, in der
zöfische und belg-
der Belagerung-
pen neu besetzte
geteilt, daß die
dere die Sozial-
halten werden
würden Artikel,
Beleidigungen d-
Schließlich werd-
gemacht.
Erklä-
im
Berlin, 11. Ja-
Berichtete gestern
Itische Lage. Auf-
rung bestrebt gewe-
problems zu beteil-
es sich um Deut-
anderen Seite ent-
Regierung glaubte,